

ALLGEMEINES

Stellungnahme zum Einsatz der Polizei gegen

Demonstrierende in Istanbul. Anlässlich der Unruhen um die geplante Bebauung des Gezi-Parks spricht sich der Türkische Berufsverband Sozialer Arbeit, die „Turkish Association of Social Workers“, gegen die polizeiliche Gewalt aus. Durch demokratiefeindliche, menschenrechtswidrige Maßnahmen werde das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung auf illegale Weise verletzt. Der Verband kritisiert das brutale Vorgehen gegen die Protestierenden und bietet den Opfern polizeilicher Gewalt psychosoziale Unterstützung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an. Die Behörden vor Ort werden aufgefordert, für die Aktivistinnen und Aktivisten eine gesundheitliche Versorgung bereitzustellen. Quelle: Newsletter der IFSW vom 10.6.2013

Europäische Freiwilligenhauptstadt 2013. Im Rahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 hat das Europäische Freiwilligenzentrum CEV den Wettbewerb um den Titel der „Europäischen Freiwilligenhauptstadt 2013“ eingeläutet. Bis zum 1. Oktober können sich Städte und Gemeinden aus ganz Europa bei einer Fachjury mit ihren Maßnahmen zur Engagementförderung vorstellen. Die Antragsgebühr beträgt 500 Euro. Bei der Entscheidung wird insbesondere die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität berücksichtigt. Wer an der Ausschreibung teilnehmen möchte, findet das englischsprachige Bewerbungsformular auf der Internetseite http://www.cev.be/uploads/2013/03/Application-Form_final.pdf. Quelle: PARITÄTISCHER Rundbrief 7/2013

70 Prozent der Asylbewerber leben in EU-Staaten.

Nach Angaben des EU-Statistikamtes Eurostat sind im Jahr 2012 zirka 70 % der rund 330 000 Asylbewerber und -bewerberinnen auf die fünf EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Schweden, Großbritannien und Belgien entfallen. Deutschland hatte im vergangenen Jahr rund 23 % der in der Europäischen Union registrierten Asylanträge zu bewältigen, Italien und Griechenland dagegen nur fünf beziehungsweise 3 %. Gemessen am Verhältnis der Zahl der Asylanträge zu den jeweiligen Bevölkerungszahlen bedeutet das für Deutschland eine Rate von 945 Asylbewerbern pro Mio. Einwohner, für Griechenland eine Rate von 850 Asylbewerbern und für Italien eine Rate von 260 Asylbewerbern. Die höchsten Raten vor Deutschland haben Malta, Schweden, Luxemburg, Belgien, Österreich, Zypern und Dänemark. Quelle: *hib* vom 1.8.2013

Globale Agenda für Soziale Arbeit und soziale Entwicklung.

Die „International Association of Schools of Social Work“, das „International Council on Social Welfare“ und die „International Federation of Social Workers“ bekräftigen gemeinsam die Idee einer Globalen

Agenda, die den Beitrag der Sozialen Arbeit und der sozialen Entwicklung für die Entstehung einer „Gesellschaft für alle“ verdeutlichen soll, in der jedem Individuum eine aktive Rolle eingeräumt wird. Um diese Vision zu verwirklichen, gründeten die drei Organisationen das „Global Agenda Observatory“ mit der Aufgabe, entsprechende Aktivitäten zu dokumentieren. Auf dem Plan stehen neben der Schaffung einer bildungsförderlichen Umgebung Ziele wie die Stärkung der Würde einzelner Völker, des Umweltschutzes und der Bedeutung menschlicher Beziehungen. Als Forum für die Diskussion von Themen wie beispielsweise indigene Kulturen, Menschenrechte, Flucht und Migration, soziale Gleichheit, Behinderung, Kinder- und Familienfürsorge und Gesundheit soll im Juli 2014 ein Kongress in Melbourne stattfinden. Quelle: Newsletter der International Federation of Social Workers vom 1.8.2013

IT-Report für die Sozialwirtschaft 2013. Der seit dem Jahr 2007 von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt jährlich herausgegebene IT-Report für die Sozialwirtschaft beinhaltet empirisch gesicherte Daten zur Nutzung von Informationstechnologien (IT) im Nonprofit-Bereich. Die sechste Ausgabe enthält aktuelle Erkenntnisse zur IT-Anwendung in sozialen Organisationen und zu den Unternehmensstrukturen und Angeboten im Branchensoftwaremarkt. Gegenüber den Vorjahren seien die IT-Budgets im dritten Sektor um durchschnittlich rund 30 % gestiegen, wobei zunehmend auch die Sozialdienste von der IT Gebrauch machen. Minimal hingegen seien die Ausstattung der Sozialbranche mit Geräten wie Smartphones oder Tablet-PCs und die Inanspruchnahme ausgelagelter IT-Dienstleistungen wie beispielsweise des Server-Hostings. Der Bericht enthält erstmals auch Angaben zur Personalsituation in der IT sozialer Dienste. Näheres ist im Internet unter www.sozialinformatik.de zu finden. Quelle: Presseinformation der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom 5.8.2013

Start des Projekts „Mobile Engagementberatung in Niedersachsen“.

Mit beinahe 2,8 Mio. ehrenamtlich tätigen Menschen nimmt das Land Niedersachsen eine bundesweite Spitzenposition bei der Engagementquote und den Zuwachsraten ein. Um die positive Entwicklung fortzusetzen, möchte die Landesregierung das lokale Angebotsspektrum erweitern und noch mehr freiwillige Kräfte gewinnen, wobei insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden sollen. Dies ist die Zielsetzung des seit 1. August dieses Jahres laufenden, vom Niedersächsischen Sozialministerium für drei Jahre geförderten Projekts „Mobile Engagementberatung in Niedersachsen“ (MEN). Informationen können im Internet unter der URL <http://www.ms.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/projekt-mobile-engagementberatung-in-niedersachsen-startet-117124.html> abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung des Niedersächsischen Familienministeriums vom 31.7.2013

SOZIALES

Pflichtarbeitsplätze im Jahr 2011. Gemäß dem Sozialgesetzbuch IX müssen Arbeitgeber, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, auf 5 % dieser Stellen schwerbehinderte Menschen beschäftigen oder als Alternative eine Ausgleichsabgabe entrichten, mit der anderweitig Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit einem Handicap eingerichtet werden. Wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilt, lag die Quote der sogenannten „Pflichtarbeitsplätze“ im Jahr 2011 bei 4,6 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,1 % gestiegen. Bei den privaten Arbeitgebenden befand sich der Anteil mit 4 % deutlich unter demjenigen bei öffentlichen Einrichtungen mit 6,5 %. Quelle: ZB-Zeitschrift: *Behinderte Menschen im Beruf* 2.2013

Weniger Hartz-IV-Verfahren in Berlin. Die Anzahl der Gerichtsverfahren gegen Bescheide zur Grundsicherung ist in Berlin seit dem Jahr 2012 gesunken. So gab es im ersten Halbjahr 2013 13 503 Klagen gegenüber 14 712 Streitfällen im Vorjahreszeitraum. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz betrachtet dies als Ansporn, bis Ende des nächsten Jahres eine weitere Entlastung des Sozialgerichts zu erreichen. Beschlossen wurden hierzu 38 Maßnahmen, von denen zirka ein Drittel bereits Anwendung findet. Hierzu gehört die verständlichere Formulierung von Antragsvordrucken und Bescheiden. Die noch nicht umgesetzten Neuerungen sollen bis Ende dieses Jahres eingeführt werden. Quelle: *Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz* vom 25.7.2013

Dokumentation der Konferenz „Altersbilder im Wandel“. Proceedings of the Conference „Changing Images of Ageing“. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Selbstverlag. Berlin 2012, 186 S., kostenlos *DZI-E-0556*

Anlässlich der vom Bundesfamilienministerium im Dezember 2011 in Berlin abgehaltenen internationalen Konferenz „Altersbilder im Wandel“ diskutierten rund 350 Expertinnen und Experten aus aller Welt über die vielfältigen Herausforderungen und Folgen des demographischen Wandels. Im Vordergrund standen die Fragen, welche Altersbilder eine aktive Partizipation älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben fördern, welche Bilder am Arbeitsmarkt und im Wirtschaftsleben vorherrschen und welche Folgerungen sich für die politische Gestaltung ergeben. Die jeweils in der Originalsprache wiedergegebenen englischen und deutschen Vorträge befassen sich ausgehend von einem Blick auf die bisherigen sechs Altenberichte der Bundesregierung mit möglichen demographiepolitischen Maßnahmen, mit den Auswirkungen negativer Stereotype und mit der Altenberichterstattung im Ländervergleich, wobei insbesondere Deutschland und Frankreich berücksichtigt werden. Abschließend erfolgt eine Erörterung des Themas Altersdis-

3.-5.10.2013 Potsdam. Konferenz: Kinderrechte und die Qualität pädagogischer Beziehungen. Information: Katja Zschipke, Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam, Tel.: 03 31/977 14 74, E-Mail: kinderrechte2013@uni-potsdam.de, Internet: www.paed-beziehung-2013.com

14.-15.10.2013 Berlin. Tagung: Neue Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation. Information: Institut für Sozialinnovation (ISInova), Dr. Jens Aderhold, Frankonia Höfe, Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin, Tel.: 07 00/47 46 68 21, E-Mail: Jens.aderhold@isinova.org

14.-15.10.2013 Stuttgart. 10. Bildungs- und Betreuungskongress „Invest in Future“. Information: Konzept-e GmbH, Regina Pfeiffer, Winkelstraße 1, 70563 Stuttgart, Tel.: 07 11/65 69 60-69 08, E-Mail: regina.pfeiffer@konzept-e.de

15.-17.10.2013 Leipzig. Pflege und Homecare Leipzig. Fachmesse für ambulante, stationäre und klinische Pflege. Information: Leipziger Messe GmbH, Projektteam Pflege und Homecare Leipzig, Postfach 100720, 04007 Leipzig, Tel.: 03 41/678 82 33, E-Mail: info@pflege-homecare.de

24.10.2013 Luzern/Schweiz. Luzerner Tag zum Sozialhelferecht – Ausländerinnen und Ausländer in der Sozialhilfe. Information: Frau Jlanit Schumacher, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Werftestrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 00 41/41 367 48 83, E-Mail: jlanit.schumacher@hslu.ch

4.-6.11.2013 Essen. 53. Fachkonferenz Sucht: Sucht und Arbeit. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 02 381/90 15-0, E-Mail: kaldewei@dhs.de

6.-7.11.2013 Nürnberg. ConSozial – Fachmesse und Congress des Sozialmarktes. Information: Besucherbüro ConSozial, Postfach 1163, 90588 Schwarzenbruck, Tel.: 09 128/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

7.-8.11.2013 Berlin. 19. DVLAB-Bundeskongress: Die Zukunft ambulant und stationär erfolgreich gestalten. Information: Kongressbüro des Deutschen Verbandes der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e.V., Bahnhofsallee 16, 31134 Hildesheim, Tel.: 05 121/289 28 72, E-Mail: info@dvlab.de

8.-9.11.2013 Feldkirchen/Kärnten. Vernetzungstagung Schulsozialarbeit D-A-CH: Ganztagschule – Schulversagen – Schulsozialarbeit. Information: Fachhochschule Kärnten, Soziale Arbeit, Hauptplatz 12, A-9560 Feldkirchen in Kärnten, Tel.: 00 43/5 90 500-42 01, E-Mail: vernetzungstagung@fh-kaernten.at

11.-13.11.2013 *Frankfurt am Main.* Seminar: Methoden der Sozialen Trainingskurse – Die ausschlaggebenden Wirkungsweisen in der Gruppenarbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ), Frau Marion Tschertner, Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-42, E-Mail: tschertner@dvjj.de

16.11.2013 *Frankfurt am Main.* 15. Fachtagung des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik (FAPP): Neue Störungsbilder – Mythos oder Realität? Information: FAPP e.V., Institut für Weiterbildung und Forschung in Psychoanalytischer Pädagogik und Sozialer Arbeit, Goethe-Universität, Mertonstraße 17, 60325 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 16 55, Internet: www.fapp-frankfurt.de

22.-24.11.2013 *Berlin.* 47. Bundesfachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik BHP e.V. Information: BHP Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

27.-29.11.2013 *Eisenach.* EREV-Forum: „Mischen“ possible!? Inklusion im Sozialraum. Information: EREV – Evangelischer Erziehungsverband e.V., Frau Annette Bremeyer, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-14, E-Mail: a.bremeyer@erev.de

27.-29.11.2013 *Springe.* Seminar: Hoffnungslose Fälle? Kompetenzen für den Umgang mit besonders herausfordernden Klienten. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ), Frau Marion Tschertner, Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-42, E-Mail: tschertner@dvjj.de

28.-29.11.2013 *Berlin.* Fachtagung: „Wenn ich Ihnen sage, dass nur Sie das können ...“ Empowerment in der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-147, E-Mail: jessen@difu.de

28.-30.11.2013 *Berlin.* Hirschfeld Kongress 2013: Gleich-Geschlechtliche Erfahrungswelten. Information: Dr. Janine Dieckmann, Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, Mohrenstraße 63, 10117 Berlin, Tel.: 030/21 23 43 76-5, E-Mail: janine.dieckmann@mh-stiftung.de

5.-6.12.2013 *Freiburg im Breisgau.* Workshop: Mobility and Civil Society – How Social Commitment Takes Place. Information: Forschungsgruppe COME, Institut für Volkskunde, Universität Freiburg, Maximilianstraße 15, 79100 Freiburg, Tel.: 07 61/20 39 76 98, E-Mail: come@ethno.uni-freiburg.de

kriminierung sowie geplanter Gegenmaßnahmen von-seiten der Europäischen Union. Die Dokumentation ist unter dem Link <http://www.konferenz-altersbilderbilder.de/konferenz-altersbilder.html?&L=0> abrufbar.

VdK zum Teilhabebericht. Da es bisher zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung zu wenig fundierte Informationen gegeben habe, begrüßt der Sozialverband VdK die Neukonzeption des Teilhabeberichts, der nun erstmals differenzierte Einblicke in verschiedene Lebensbereiche wie Familie, Bildung, Ausbildung, soziales Netz, Erwerbsarbeit und Alltagsgestaltung ermögliche. Im Hinblick auf die Partizipation sei es wichtig, zügig Verbesserungen vorzunehmen, wobei Bund, Länder und Kommunen sich verbindliche Ziele und zeitnahe Fristen setzen sollten. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung reiche für die Realisierung einer inklusiven Gesellschaft nicht aus. *Quelle: Pressemitteilung des VdK vom 31.7.2013*

Hinweise zur Pflege im Sozialbericht 2013. Um über die in der letzten Legislaturperiode getroffenen gesellschaftspolitischen Entscheidungen und das Sozialbudget des Jahres 2012 zu informieren, hat die Bundesregierung im Juli dieses Jahres den Sozialbericht 2013 veröffentlicht. Im Hinblick auf die Pflegeversicherung ist vorgesehen, dass diese auch künftig als Teilversicherung bestehen bleibt und nicht zu einer Vollversicherung ausgebaut wird. Die Kosten, die über den Umfang der Pflegeversicherung hinausgehen, seien individuell zu tragen. Aus dem Sozialbericht geht hervor, dass derzeit etwa 2,5 Mio. Menschen Leistungen der Pflegeversicherung beziehen, wobei die Bedeutung der ambulanten Dienste deutlich gestiegen sei. Zum Gesundheitszustand wird angemerkt, dass von den unter 60-Jährigen nur 0,7 % und von den 60- bis 80-Jährigen nur rund 4 % pflegebedürftig seien, während von den über 80-Jährigen bereits rund 29 % eine Unterstützung benötigten. Da zu erwarten sei, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 auf 4 Mio. ansteige, stelle die Frage einer professionellen und gleichwohl bezahlbaren Pflege eine große Herausforderung dar. *Quelle: hib 22.7.2013*

GESUNDHEIT

Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland. Die vom Robert Koch-Institut seit dem Jahr 2008 durchgeführte Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS) untersucht den Gesundheitszustand der in der Bundesrepublik lebenden Menschen im Alter von 18 bis 79 Jahren. An der ersten repräsentativen Erhebung von November 2008 bis Dezember 2011 nahmen insgesamt 8 152 Personen teil. Die inzwischen veröffentlichten Ergebnisse belegen einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen und der gesundheitlichen Situation, wie er beispielsweise im Hinblick auf das Auftreten

von Diabetes mellitus oder einer depressiven Symptomatik zu beobachten sei. Informationen zu der Studie können unter der URL http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/Degs/degs_node.html abgerufen werden. Quelle: Newsletter *Gesundheitliche Chancengleichheit 4.2013*

Vdek-Pflegelotse zeigt stationäre Einrichtungen im Internet. Mit dem Ziel, die Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen, wurde das Portal www.pflegelotse.de des Verbandes der Ersatzkassen e.V. (vdek) mit Bildern einiger der vorgestellten vollstationären Pflegeheime ergänzt. Die Aufnahmen werden laufend aktualisiert und sind unter dem Link „Bilder der Pflegeeinrichtung“ abrufbar. Wie gewohnt enthält die Website auch weiterhin eine Umkreissuche, eine Trefferliste, Transparenzberichte mit den Pflegenoten und eine Detailansicht mit den Kontaktdaten der jeweiligen Institutionen. Besonders gut geeignete Häuser sind mit dem Siegel des „Grünen Hakens“ gekennzeichnet. Der Pflegelotse informiert gegenwärtig über 1 325 ambulante und 10 944 stationäre Angebote. Quelle: *Pressemitteilung des vdek vom 29.7.2013*

Palliativpflege wird teurer. Angesichts der anspruchsvollen Tätigkeit der Fachkräfte sind die Kosten für Palliativpflegeleistungen zum 1. Juli dieses Jahres deutlich gestiegen. Die Ersatzkassen weisen darauf hin, dass ihnen eine intensive Betreuung und Versorgung schwerstkranker, auf die spezialisierte ambulante Palliativversorgung angewiesener Patientinnen und Patienten ein besonderes Anliegen sei. Quelle: *ersatzkasse report 8/2013*

14. Euroforum: Auswirkungen der Euro-Krise auf die nationale Gesundheitspolitik. Hrsg. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG). Selbstverlag, Köln 2013, 165 S., kostenlos *DZI-E-0567* In diesem Reader sind die Einzelbeiträge und die abschließende Podiumsdiskussion einer Tagung dokumentiert, die im Oktober 2012 in Potsdam stattfand. Die teils in deutscher, teils in englischer Sprache vorliegenden Aufsätze befassen sich mit dem europäischen Rechtsrahmen von Gesundheitspolitik, mit der Frage nach der nationalen Gestaltungsfreiheit und mit der Situation der Gesundheitssysteme im europäischen Vergleich. Ausgehend von einer Analyse der spezifischen Reformauflagen für Griechenland und Portugal wird untersucht, welche Konsequenzen sich für die übrigen Mitgliedstaaten aus den zunehmenden Interventionen der EU ergeben. Bestellanschrift: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG), Hansaring 43, 50670 Köln, Tel.: 0221/91 28 67-0, Internet: www.gvg.org

Kritik an pauschalierenden Entgelten. Mit einer Unterschriftensammlung fordert ein Zusammenschluss von Fachverbänden, sozialen Bewegungen, Gewerk-

schaften, Fachkräften und Psychiatrie-Erfahrenen, das geplante Finanzierungssystem der pauschalierenden Entgelte in Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) nicht einzuführen, da das seit Jahresbeginn in einer Testphase erprobte tagesbezogene Entgeltsystem den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht werde. Der Aufruf, den bereits mehr als 2 000 Menschen unterzeichneten, soll als Grundlage für Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung dienen. Ein Formular für die Teilnahme an dem Appell steht im Internet unter www.weg-mit-pepp.de bereit. Quelle: *Pressemitteilung der Initiative „PEPP nicht einführen“ vom 7.8.2013*

Warnung vor Arzneimittelfälschungen. In einer gemeinsamen Initiative klären das Gesundheitsministerium, die Ärztekammer und die Apothekerkammer des Landes Rheinland-Pfalz über manipulierte Arzneimittel auf. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation handelt es sich bei 6 bis 7 % der Medikamente in Industrieländern und bei 80 % der Pharmaka in Entwicklungsländern um wirkstofffreie oder gefährliche Fälschungen. Besondere Vorsicht empfehle sich bei virtuellen Apotheken im Internet. Wie das Bundeskriminalamt bemerkt, sind auch Streckungen mit giftigen Bestandteilen bekannt. Weitere Informationen bietet ein Flyer unter <http://msagd.rlp.de/fileadmin/masgff/Publikationen/Gesundheit/Arzneimittelfälschungen.pdf> im Internet. Quelle: *Pressemitteilung des Gesundheitsministeriums Rheinland-Pfalz vom 6.8.2013*

Psychoedukation per Internet. Für Menschen mit der Diagnose einer manischen Depression hat die Deutsche Gesellschaft für Bipolare Störungen e.V. ein psychoedukatives Internetangebot eingerichtet. Auf der Website www.ratgeber-bipolar.de finden sich ein Stimmungskalender, ein Fragebogen zum Selbsttest, ein Krisenpass sowie Informationen zu den Symptomen und Ursachen, zum Verlauf, zu Frühwarnzeichen, zur Selbsthilfe und zur Therapie. Auch Angehörigen bietet das Portal Hilfen für den Umgang mit der Erkrankung. Quelle: *in balance 1.2013*

JUGEND UND FAMILIE

Erster Kinder-Migrationsreport erschienen. Der im Mai dieses Jahres veröffentlichte Kinder-Migrationsreport des Deutschen Jugendinstituts (DJI) bietet eine auf Forschungsberichte und empirische Datenquellen wie beispielsweise den Mikrozensus gestützte Bestandsaufnahme der Situation und der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund im Alter von bis zu 14 Jahren. Aufgezeigt wird, wie diese in ihren Familien leben, inwieweit sie die Angebote der fröheren Bildung nutzen, wie sie innerhalb und außerhalb der Schulen gefördert werden und wie sie ihre Freizeit gestalten. Dabei differenziert der Bericht nach den Kriterien Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft,

Migrationsstatus und Region. Besonders hohen Unterstützungsbedarf hätten Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund und türkischstämmige Kinder. Trotz hoher Bildungshoffnungen sei bei jungen Menschen aus Migrationskontexten und deren Eltern die Befürchtung verbreitet, die anvisierten Schulabschlüsse nicht zu erreichen. Der Report kann unter der URL <http://www.dji.de/bibs/Kinder-Migrationsreport.pdf> abgerufen werden.

Quelle: Newsletter des DJI 7/2013

Empfehlungen zur Umsetzung der Neuregelungen des Vormundschaftsrechts. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2012, 36 S., EUR 6,50 *DZI-E-0499*

Angesichts eklatanter Fälle von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung wurde mit einer Gesetzesänderung im Juni 2011 beschlossen, das Aufgabenspektrum einer möglichen amtlichen Vormundschaft zu erweitern und strengere Kriterien für den persönlichen Kontakt zwischen den Betreuenden und den jeweils vertretenen Kindern und Jugendlichen aufzustellen. Diese Broschüre enthält detaillierte Informationen zum aktuellen Verantwortungsbereich des Vormunds und zur Rollenverteilung bei dessen Zusammenwirken mit den Eltern oder Pflegeeltern, dem Allgemeinen Sozialen Dienst, dem Pflegekinderdienst, den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und den Familiengerichten. Darüber hinaus finden sich hier Hinweise zur Umsetzung der neuen Vorgaben, ein Überblick über verschiedene Formen der Vormundschaft, Anhaltspunkte zu Fragen der beruflichen Eignung und Qualifikation sowie Impulse für die Gesetzgebung, Wissenschaft und Praxis. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Wegweiser zu Seniorengenosenschaften. Als Hilfestellung für die Initiative von Seniorengenosenschaften hat das Bayerische Sozialministerium in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Nürnberg einen Wegweiser zu deren Gründung und Gestaltung auf den Weg gebracht. Die genannten Einrichtungen bieten Hilfen und Engagementmöglichkeiten an, damit ihre Mitglieder möglichst lange im gewohnten Wohnumfeld bleiben und einen Heimaufenthalt umgehen können. Der Aufbau neuer Seniorengenosenschaften wird mit bis zu 30 000 Euro über einen Zeitraum von drei Jahren pro Projekt gefördert. Eine Diskussion des Themas findet am 15. November dieses Jahres auf einem Kongress in Nürnberg statt. Der Wegweiser steht im Internet unter www.seniorengenosenschaften.bayern.de zum Download. Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Familienministeriums vom 1.8.2013

Kinder gleichgeschlechtlicher Paare und rückwirkende Gleichstellung. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei gab die Regierung be-

kannt, dass zur Anzahl der Kinder in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften und eingetragenen Partnerschaften keine gesicherten Ergebnisse vorlägen, da die Daten aus der Mikrozensusstichprobe hierfür nicht ausreichten. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Mai dieses Jahres bemerkte die Regierung, dass laut der gerichtlichen Entscheidung eine steuerliche Gleichstellung in denjenigen Fällen erforderlich sei, in denen mit Blick auf die mit der Ehe vergleichbare Gestaltung der Partnerschaft keine hinreichenden Gründe für eine Ungleichbehandlung ersichtlich seien. In diesen Fällen sei grundsätzlich von der Notwendigkeit einer rückwirkenden Gleichstellung zum Zeitpunkt der Einführung der Gleichstellung der Lebenspartnerschaft im Jahr 2001 auszugehen. Quelle: *hib* 19.7.2013

AUSBILDUNG UND BERUF

Pflegekräfte aus Spanien. Aufgrund des Fachkräftemangels in der Pflege möchte der Caritasverband für die Diözese Münster junge Menschen aus Spanien anwerben. Nachdem bereits erfolgversprechende Kontakte mit der Diözese Leon geknüpft worden seien, soll die Idee Anfang des Jahres 2014 in einem Pilotprojekt mit den drei Caritasverbänden Geldern-Kevelaer, Kleve und Moers getestet werden. Die Finanzierung könnte teilweise über ein Förderprogramm des Bundesarbeitsministeriums erfolgen. Mit einem vorbereitenden Sprachunterricht, Praktikumsplätzen in Pflegeeinrichtungen und weiteren Hilfen zur Integration möchte der Caritasverband den Migrantinnen und Migranten eine langfristige Perspektive eröffnen. In Spanien sind zirka 800 000 ausgebildete Pflegekräfte auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Quelle: *caritas in NRW* 4.2013

Fortbildungsangebot für Fachkräfte in christlichen Institutionen. Für Führungskräfte in kirchlichen Einrichtungen bietet die Stiftungsfachhochschule München ab November eine berufsbegleitende Fortbildung zum Leiten und Beraten in christlichen Organisationen in sechs Modulen an. Vermittelt werden unter anderem Lösungsstrategien und Interventionen sowie Kenntnisse im Hinblick auf die Gruppenentwicklung, die Beziehungsgestaltung und die spirituelle Prozessgestaltung. Näheres ist im Internet unter http://www.lubico.org/_pdf/Ausschreibung_3130585_Leiten_und_Beraten.pdf zu finden. Quelle: *Mitteilung der IOS-Mensch und Organisation* vom 22.7.2013

Josephine Levy-Rathenau. Frauenemanzipation durch Berufsberatung. Von Jürgen Nürnberger und Dieter G. Maier. Verlag Henrich & Henrich. Berlin 2013, 90 S., EUR 8,90 *DZI-E-0607*

Aus der bekannten Rathenau-Familie stammend erlangte Josephine Levy-Rathenau (1877-1921) durch ihr Engagement in der ersten deutschen Frauenbewegung große Anerkennung. Bis zu ihrem frühen Tod widmete sie sich

wegweisend dem Aufbau der Berufsberatung für Frauen und Mädchen. Sie gründete verschiedene Organisationen mit und leitete unter anderem die „Auskunftsstelle für Frauenberufe“, das „Kartell der Auskunftsstellen für Frauenberufe“ sowie das „Frauenberufsamt des Bundes Deutscher Frauenvereine“. Levy-Rathenau gab die Zeitschrift „Frauenberuf und -erwerb“ heraus und veröffentlichte neben drei Büchern zahlreiche Aufsätze zur Frauenarbeit und Berufsberatung. Während des Ersten Weltkriegs war sie Vorsitzende des Berliner „Nationalen Frauendienstes“ und engagierte sich danach als eine der ersten Frauen als Stadträtin und Bezirksverordnete in der Berliner Stadtverwaltung.

Flexible Arbeitszeiten beim Caritasverband. Vor dem Hintergrund von Personalengpässen plant der Caritasverband für die Diözese Münster die Einführung des sogenannten Caritas-Flex-Kontos, mit dem die Attraktivität der Arbeitsplätze erhöht werden soll. Vorgesehen ist die Möglichkeit, Teile des Gehalts, Sonderzahlungen oder auch Überstunden anzusparen, um sich dieses Gut-

haben später in Form von Freizeit auszahlen zu lassen. Der Verband hofft, auf diese Weise neue Mitarbeitende für eine langfristige Tätigkeit gewinnen zu können. Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 31.7.2013

Mediation und Konfliktmanagement. Die Landesakademie für Jugendbildung bietet 2014 eine Ausbildung Mediation und Konfliktmanagement an. Neben praxisorientierten Methoden, Konflikte zu analysieren und konstruktiv zu bearbeiten, steht der Transfer des Mediationsverfahrens in die verschiedenen Praxisfelder der Teilnehmenden im Zentrum der Ausbildung. Angeprochen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe, Jugendarbeit und des Bürgerschaftlichen Engagements. Weitere Auskünfte erteilt die Landesakademie für Jugendbildung, Malersbuckel 8, 71263 Weil der Stadt, E-Mail: info@jugendbildung.org. Ausführliche Informationen können unter der URL www.jugendbildung.org abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung der Landesakademie vom 28.6.2013



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Online-Zahlungsverkehr.
Zeitsparend, sicher und unkompliziert.
Für unterschiedliche Transferwege Ihrer
Zahlungsaufträge. Mit verschiedenen
Programmen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.
Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Kassel · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart

